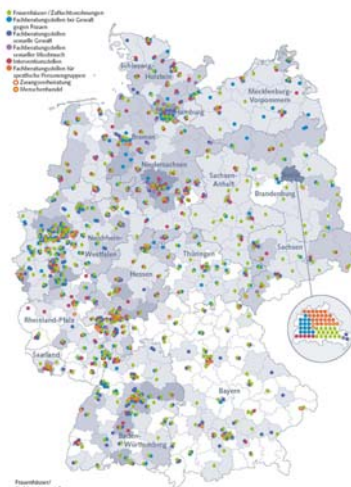


POLITIK

Frauenhäuser in Ostdeutschland sind schlechter ausgestattet

Mittwoch, 15. August 2012

Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen in Deutschland nach Bundesländern und Landkreisen



Übersichtskarte
Unterstützungsangebote in
Deutschland

Berlin – Das Bundeskabinett hat am Mittwoch den „Bericht der Bundesregierung zur Situation der Frauenhäuser, Fachberatungsstellen und anderer Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder“ beschlossen. Darin enthalten ist neben einer Stellungnahme der Bundesregierung eine Studie, in der erstmals alle bestehenden Frauenhäuser und Fachberatungsstellen erfasst wurden.

In Deutschland gibt es demnach 353 Frauenhäuser sowie mindestens 41 weitere Schutz- beziehungsweise Zufluchtswohnungen mit insgesamt etwa 6.000 Plätzen für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder. In ihnen finden jährlich 15.000 bis 17.000 Frauen mit ihren Kindern Zuflucht. Dazu kommen 750 Fachberatungsstellen für Gewalt gegen Frauen.

Der Studie zufolge sind die Frauenhäuser in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich aufgestellt. „Frauenhäuser in

den östlichen Bundesländern sind in der Regel weniger gut ausgestattet als die in den westlichen Bundesländern. Es fehlt ihnen vor allem an Ressourcen, um Angebote für die im Haus lebenden Mädchen und Jungen zu machen. Zudem gibt es in ihrem Umfeld kaum Angebote für Kinder und Jugendliche, die Gewalt in der Beziehung der Eltern ausgesetzt waren“, heißt es in dem Bericht der Bundesregierung.

Ostdeutsche Frauenhäuser haben erschwerte Rahmenbedingungen

Generell seien die ostdeutschen Frauenhäuser zudem weniger gut eingebettet in ein lokales oder regionales Unterstützungssystem. Die Anzahl und die Kapazitäten von Einrichtungen, an die sie weiterverweisen könnten, seien vergleichsweise gering. „Da Frauenhäuser in den östlichen Bundesländern mehrheitlich für ländliche Regionen und oft für große Flächenlandkreise zuständig sind, müssen sie häufig sowohl mit den erschwerten Rahmenbedingungen des ländlichen Raumes als auch mit der in den östlichen Ländern anzutreffenden Ressourcenknappheit zurechtkommen“, resümieren die Autoren der Studie.

In den alten Bundesländern sind Frauen zum Teil signifikant häufiger von häuslicher und sexueller Gewalt betroffen als in den neuen Bundesländern. „Die besondere Tabuisierung, der Gewalt gegen Frauen in der damaligen DDR unterlag, und die starke Stigmatisierung von Gewaltopfern kann

anhaltend Einfluss auf die Offenbarungsbereitschaft von Frauen der neuen Bundesländer gehabt haben beziehungsweise noch haben“, heißt es dazu in der Studie.

Gewaltniveau in Städten höher

Unterschiede gibt es auch im Stadt-Land-Gefälle. Insbesondere in den Großstädten deuten sich der Studie zufolge höhere Gewaltniveaus an. „Hier könnten Faktoren wie die größere soziale Kontrolle in kleineren Ortschaften oder ländlichen Regionen, die die Bereitschaft, erlebte Gewalt zu offenbaren, einschränken kann, eine Rolle spielen“, so die Autoren der Studie. Die größere Anonymität von Städten, insbesondere Großstädten, hingegen könne die Mitteilungsbereitschaft fördern.

Etwa fünf Prozent aller Frauen haben schon mindestens einmal wegen eigener Gewalterfahrung Beratung gesucht, wie weiterhin aus der Studie hervorgeht. Nicht jede Frau, die akut oder zurückliegend Gewalt erfahren habe, habe jedoch eine Beratung in Anspruch genommen: Neun Prozent aller befragten Frauen hätten – obwohl sie von Gewalt betroffen waren – keine Beratung genutzt.

zum Thema

zum Bericht der Bundesregierung

Es könne davon ausgegangen werden, heißt es dazu in dem Bericht, dass es etwa doppelt so viele Frauen gebe, die nach erfahrener Gewalt keine professionelle Hilfe in Anspruch genommen hätten wie Frauen, die im Zusammenhang mit der Bewältigung der Gewaltfolgen Hilfe gesucht hätten.

Bei niedrigerer Bildung und Wohnen in einer Mietwohnung ergebe sich zudem ein signifikant höherer ungedeckter Bedarf nach Beratung, das heißt ein höherer Anteil von Frauen, die trotz Gewalterfahrung keine Beratung genutzt hätten. Bei der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen sei der ungedeckte Bedarf am höchsten.

„In Deutschland gibt es ein dichtes, ausdifferenziertes Netz an Unterstützungseinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder. Dennoch finden nicht alle Betroffenen die Unterstützung, die sie brauchen“, kommentierte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) den Bericht. Gemeinsam mit Fachorganisationen und Einrichtungsträgern seien der Bund, aber auch die Länder und Kommunen gefordert, bestehende Zugangsschwierigkeiten und Versorgungslücken abzubauen und das Angebot zielgruppengerecht weiterzuentwickeln.

„Mit dem bundesweiten Hilfetelefon bei Gewalt gegen Frauen, das Anfang 2013 zur Verfügung stehen wird, schließt die Bundesregierung eine wichtige Lücke im Hilfesystem“, so Schröder.

© fos/aerzteblatt.de
